

ZfSÖ

ZEITSCHRIFT FÜR SOZIALÖKONOMIE

- Max Danzmann **3** Die Endlagerinstrumente der Europäischen Zentralbank vor dem Bundesverfassungsgericht und dem Europäischen Gerichtshof
- Dieter Suhr † **12** Brauchen wir eine neue Geldordnung?
23 Stabile Währung durch Haltegebühr auf Geld
- Eckhard Behrens **26** Der Euro-Leitzins ist nicht konjunkturgerecht
- Abdelaali El Maghraoui **28** Grundlagen des islamischen Wirtschaftsdenkens – Eine Einführung
- Edoardo Beretta **41** Dollar, Sucre und die Suche nach einer gerechten Weltwährungsordnung
- Helmut Woll **49** Leopold Kohr – Wachstumskritiker der ersten Stunde
- Hans-Günter Wagner **57** Bioökonomie – Über die Pervertierung eines grünen Paradigmas
69 Berichte – Bücher – Veranstaltung
87 56. Mündener Gespräche in der Reinhardswaldschule in Fuldata

BERICHTE

Ökonomen für eine Durchbrechung der Nullzins-Schranke

Zentralbanker und andere MonetärökonomInnen interessieren sich immer mehr dafür, wie die effektive Zinsuntergrenze, mit der sie wegen der Möglichkeit zur Bargeldhortung konfrontiert sind, durchbrochen werden kann. Vordenker auf diesem Gebiet finden endlich Gehör. Die Konferenz „Removing the Zero Lower Bound on Interest Rates“ am 18. Mai 2015 in London war wegweisend.

Nachdem Prof. Miles Kimball von der University of Michigan 2013 bereits bei der Bank of England zum Thema „Breaking through the Zero Lower Bound“ vorgetragen hatte und im Jahr darauf bei der Schweizerischen Nationalbank (SNB), referierte er am 18. Mai 2015 auch bei der Konferenz „Removing the Zero Lower Bound on Interest Rates“ am renommierten Imperial College in London. Das dort angesiedelte Brevan Howard Centre for Financial Analysis hatte gemeinsam mit der SNB und dem Denknetzwerk Centre for Economic Policy Research (CEPR) eine Konferenz organisiert, die als Meilenstein in die Ökonomiegeschichte eingehen könnte. Gleich einen Tag später hielt Kimball erneut bei der Bank of England einen Vortrag, diesmal beim Workshop der ChefökonomInnen über „The Future of Money“.

„Unter den Ökonomen, die eine Bargeldeinlagen-Gebühr als Weg zur Durchbrechung der Nullzins-Schranke ernst nehmen, sind viele Zentralbanker rund um den Globus“, sagt Kimball.¹ Er will das Bargeld nicht gleich abschaffen, sondern den Geschäftsbanken eine Gebühr abverlangen, wenn sie Bargeld bei der Zentralbank deponieren. Auf Kimballs Blog (und Sub-Blogs) gibt es eine Fülle von Material zur Abschaffung des Zero Lower Bound: <http://blog.supplysideliberal.com/>

Drei mögliche Lösungswege

Citigroup-Chefökonom Willem Buiter, ebenfalls seit Jahren mit dem Thema befasst, sieht drei

mögliche Wege: „Die Existenz von Bargeld setzt die Untergrenze für die Leitzinsen. Das bedeutet, dass die Geldpolitik inhärent asymmetrisch ist. Man kann die Zinsen so hoch setzen, wie man will – aber man kann sie nicht viel weiter als auf null senken. Die Zinsuntergrenze abzuschaffen, kann im Wesentlichen auf drei Wegen geschehen. Erstens, da Bargeld der Übeltäter ist, könnten wir uns vom Bargeld verabschieden. Geben wir jedem Mann, jeder Frau und jedem Kind ein Konto, das von der Zentralbank garantiert wird – wie das beim Bargeld heute schon der Fall ist –, welches uns aber erlauben würde, negative Zinsen zu erheben. Die Problematik ärmerer und alter Menschen könnten wir lösen, indem wir einzelne kleine Denominationen weiterhin erlauben, zum Beispiel die 5-Pfund-Note, aber nicht die 20er, die 50er, und sicher nicht – im Fall Schweiz – die 1.000-Franken-Note. Das ist der eine Weg.“

Der andere Weg ist, Bargeld zu besteuern. Das würde voraussetzen, dass die Bevölkerung einmal im Jahr, oder wie oft auch immer, das Geld bei der Zentralbank oder einer Nebenstelle präsentieren und abstempeln lassen und 5 Pence pro Pfund zahlen müsste, was einem Zins von -5% entspräche. Das ist relativ lästig, weil man es durchsetzen und stichprobenartig kontrollieren müsste... nicht wirklich toll. Der dritte Weg ist, das Bargeld beizubehalten, aber dem festen Wechselkurs von 1:1 zwischen Bargeld und Bankguthaben ein Ende zu setzen. Wenn wir zum Beispiel, als Extrembeispiel, den Zins für Einlagen auf -10% setzen würden und die Einlagen mit der Zeit 10% an Wert zunehmen lassen würden, dann würde es nicht vorteilhafter sein, Bargeld zu halten, einfach weil Bargeld im Vergleich zu den Einlagen mit der Zeit abwerten, d.h. an Kaufkraft verlieren würde, eben um den Betrag der Zinsen auf den Einlagen.“

Angebot und Nachfrage zusammenbringen

Wie Kimball hört man jetzt auch Buiter besser zu als noch vor sechs, sieben Jahren. Im März 2009 hatte er noch in einem Interview über die Ablehnung seiner Vorschläge durch die Notenbanker geklagt; das zeige ihm, „dass in den

Notenbanken nur traurige kleine Konservative sitzen.“² Negativzinsen wären „ein naheliegender Instrument der geldpolitischen Steuerung“, so meinte Buiter schon damals: „Dabei habe ich übrigens nicht von einem halben oder einem Prozent gesprochen, wie es die schwedische Notenbank bereits umgesetzt hat. Ich spreche von minus fünf Prozent als einem genauso effektiven Mittel wie plus fünf Prozent. Zumindest käme es damit zu einer Symmetrie in den Instrumenten, die einer Zentralbank zur Verfügung stehen, und es würde sie in die Lage versetzen, eine Deflation genauso zu bekämpfen wie eine Inflation.“

Anlässlich der Londoner Konferenz wiederholte Buiter seine Vorschläge: „Wenn wir die unbeschränkte Möglichkeit hätten, negative Zinsen zu setzen, würden wir sie im Prinzip so lange beibehalten wie nötig, bis die Produktionslücke geschlossen und die Inflation gestiegen ist, und es uns somit erlaubt wäre, die Leitzinsen wieder anzuheben. Das könnte Jahre dauern.“ Buiter bringt es so auf den Punkt: „Es gibt kein gutes oder schlechtes Zinsniveau. Die Frage ist: Welches Zinsniveau brauchen wir, damit die aggregierte Nachfrage dem aggregierten Angebot entspricht und Vollbeschäftigung entsteht. Wenn das bedeutet, dass Sparer eine Zeitlang von ihrem Kapital zehren müssen, um zu überleben – dann ist das eben so.“

Große Geldscheine abschaffen

Charles Goodhart, hochgeschätzter Emeritus der London School of Economics und wie Buiter ehemaliges Mitglied des Monetary Policy Committee der Bank of England, sieht das ähnlich: „Wenn die Preise fallen und die Arbeitslosigkeit so hoch ist wie aktuell, dann weiß man, dass die Nachfrage zu gering ist, um das potenzielle Angebot aufzunehmen. Also muss man das Nachfrageniveau erhöhen, und ein Weg dies zu versuchen, besteht darin die Zinsen abzusenken, um Investitionen anzuregen und das Sparen unattraktiver zu machen.“

Als einfachste Lösung empfiehlt Goodhart, „alle hohen Denominationen abzuschaffen und zu versuchen, mit dem Bargeld auszukommen, das vom Nennwert her eher niedrig ist: 10, 20

Pfund, meinetwegen bis zu 50 Dollar, aber nicht mehr – mit dem Ziel, die Kosten der Bargeldnutzung und -aufbewahrung, um den negativen Zinsen auf Guthaben aus dem Weg zu gehen, weitaus unattraktiver zu machen.“

Praktische Erfahrungen

Die Schweden haben wie die Schweizer und Dänen schon praktische Erfahrungen mit negativen Leitzinsen gesammelt. Und Martin Andersson vom schwedischen Finanzministerium hält weitere Zinssenkungen durchaus für möglich: „Schweden, die Schweiz und Dänemark nähern sich beim Zins -1%, einem Niveau, das man früher für unmöglich gehalten hätte. Wenn man das Ganze jedoch über einen längeren Zeitraum betrachtet, dann kommen wir aus einem Umfeld mit hoher Inflation in ein Umfeld mit niedriger Inflation. Wir haben jetzt eine Inflation um null in den meisten entwickelten Staaten – was natürlich diese Diskussion über den Effective Lower Bound bei den Zinsen zu einem so heißen Thema macht. Wenn Sie ein makroökonomisches Standardmodell betrachten, das in der Geldpolitik benutzt wird, besagte zum Beispiel die Taylor-Regel, dass man in den USA die Zinsen in der Krise auf rund -4% hätte absenken müssen. Stattdessen ging man runter auf ungefähr null und begann dafür mit dem Quantitative Easing. Wir haben gesehen, wie die japanische Zentralbank seit 20 Jahren weitgehend erfolglos mit verschiedenen Quantitative-Easing-Maßnahmen versucht, die Inflation zu steigern. Das Konzept negativer Zinsen baut auf der Tatsache auf, dass wir noch nirgendwo beobachten konnten, wie durch Quantitative Easing ein Ausweg aus der niedrigen oder Null-Inflation und ein Wirtschaftsaufschwung erreicht worden wäre.“

Auf die nächste Krise vorbereitet sein

Darum empfiehlt auch Willem Buiter für die nächste gefährliche Situation gewappnet zu sein: „Wenn die Wirtschaft in einem so tiefen Loch ist, muss man Maßnahmen ergreifen wie großangelegte Asset-Käufe, Bilanzausweitungen, Quantitative Easing, oder man muss Geldpolitik und Fiskalpolitik dazu bringen zu kooperieren und – ohne die Zinsen zu senken – fiskalpoliti-

sche Anreize schaffen, finanziert durch Geld drucken. Doch wenn man das, aus welchen Gründen auch immer, nicht tun kann – und in Europa kann man es nicht tun, weil es den Verträgen widerspricht, und in Amerika kann man es nicht, weil der Kongress die Fiskalpolitik blockiert – ist die Eröffnung der Option negativer Nominalzinsen ein großer Schritt vorwärts, für den Fall, dass wir uns das nächste Mal mit der Nullzins-schranke konfrontiert sehen, aber unbedingt die Wirtschaft weiter stimulieren müssen.“

Beate Bocking

PS: Alle Zitate, sofern nicht anders gekennzeichnet, sind Übersetzungen der Interviews, die im Rahmen der Konferenz „Removing the Zero Lower Bound on Interest Rates“, organisiert vom

Brevan Howard Centre for Financial Analysis, CEPR und der Schweizerischen Nationalbank, am 18. Mai 2015 in London geführt wurden. Das Konferenzprogramm findet sich auf der Website: www.imperial.ac.uk/business-school/removing-the-zero-lower-bound-on-interest-rates-conference/

Die englischsprachigen Interviews sind hier als Videos dokumentiert: www.cepr.org/5636
Weitere Informationen auf der Website: agenda.weforum.org/2015/08/are-negative-policy-interest-rates-really-feasible/

- 1 <http://qz.com/383737/however-low-interest-rates-might-go-the-irs-will-never-act-like-a-bank/>
- 2 www.institutional-money.com/magazin/theorie-praxis/artikel/willem-buiter-im-interview-die-banken-an-die-kette-legen/?newsseite=17

Regionalgeld in Kenia

Im Rahmen des Projekts „nyendo-lernen“ werden an fünf Schulen in Bayern und Frankfurt Schüler im Alter von 14 bis 17 Jahren beim Aufbau von Schülerfirmen begleitet. Mit dem erwirtschafteten Gewinn unterstützen sie Kinder und Eltern ihrer Partnerschulen in den Slums von Kenias Hauptstadt Nairobi, insbesondere beim Aufbau einer urbanen organischen Landwirtschaft sowie von Regionalwährungen. Dadurch gewinnen die Schüler nicht nur Kompetenzen als Sozialunternehmer, sondern sie machen auch interkulturelle Erfahrungen auf dem Weg in eine neue Kultur des „Miteinander“.

Im Oktober 2014 entstand die Regionalwährung „Gatina Pesa“ in einer Gemeinde in Nairobi. Über ihre Einführung gibt es einen 10-minütigen Film (<http://youtu.be/fZFAwsWiVi8> / German Version). Im April 2015 folgte die Einführung

des „Kangemi Pesa“ bei der Schulgemeinde in Kangemi. Weitere Schulen und ihre Gemeinden in den Slums von Kawangware und Kangemi werden folgen. Durch die Regionalwährungen wachsen die Gemeinden zusammen und können weitere gemeinsame Projekte angehen.

Nähere Informationen: www.nyendo-lernen.de

Doris Glanert



B Ü C H E R

Dieter Suhr †

(unter Mitarbeit von Armin Trautmann)

Gleiche Freiheit – Allgemeine Grundlagen und Reziprozitätsdefizite in der Geldwirtschaft

Augsburg: Mette Verlag, 1988. 94 Seiten.

Der Verfasser rückt dem alten Thema der Beziehung zwischen Freiheit und Gleichheit mit dem ungewöhnlichen und originellen Ansatz zu Leibe, die Grundelemente sozialer Gerechtigkeit nicht aus den Prinzipien der austeilenden, sondern aus den Strukturmerkmalen der ausgleichenden Gerechtigkeit (*iustitia communicativa*) abzuleiten und die Wurzeln der Probleme des Sozialstaats in der Transaktionsstruktur der Privatrechtsordnung zu lokalisieren. Ausgleichende Gerechtigkeit verlange die strikte reziproke und symmetrische Verteilung von individuellen Handlungschancen, wie im synallagmatischen Vertrag zum Ausdruck komme. In ihm finde eine wechselseitige Instrumentalisierung der Individuen für ihre Selbstentfaltung statt, so dass die überkommene Vorstellung einer – wenn auch sozial überformten – absoluten Freiheit durch das Konzept einer „schuldrechtlich-interaktiven“ Freiheit zu ersetzen sei. Der Tausch sei gerecht, wenn niemand genötigt sei, zur Entfaltung anderer beizutragen, ohne dass diese ihrerseits einen entsprechenden Beitrag zur eigenen Entfaltung leisten. So gerät bei der Betrachtung staatlicher Regelungen nicht nur die vertikale Eingriffs-, sondern auch eine horizontale Ausgleichsproblematik zwischen den Bürgern in den Blick: Die Begünstigung des einen sei eine Benachteiligung des anderen und bedeute dessen ungleiche Behandlung, die einer sachlichen Rechtfertigung bedürfe (oder durch einen Ausgleichsanspruch kompensiert werden müsse).

Suhr exemplifiziert seinen um die Verteilungswirkungen staatlicher Regelungen erweiterten Ansatz an verschiedenen dogmatischen Problemfeldern (an einer Rekonstruktion der Schutznormtheorie sowie am Umwelt- und am Sozialrecht) und widmet sich im Schlussteil den sozialstaat-

lichen Implikationen des Geldes, dem zentralen Medium ökonomischer Reziprozitätsbeziehungen. Geld sei kein neutrales Medium, sondern die Sozialform einer asymmetrischen Beziehung, in der der Geldbesitzer dank einer im Geld angelegten höheren Transaktionsfreiheit den Besitzern aller anderen Waren machtüberlegen sei („Kaufen ist leichter als Verkaufen.“). Die Entscheidung für den sozialen Staat fordere eine Beseitigung dieser das Prinzip gleicher Freiheit verletzenden Tauschungerechtigkeit (zum Beispiel durch die Belastung des Geldes mit Lagerhaltungs- bzw. Liquiditätskosten).

An dieser grundrechtsdogmatischen Thematisierung gesellschaftlicher Interdependenz besticht besonders der Versuch des Verfassers, aus der wohlfahrtsstaatlichen Verteilungslogik auszurechnen und die Mikrostrukturen sozialer Gerechtigkeit neu zu überdenken – gewiss einer der fruchtbarsten Beiträge der Jurisprudenz zur Entwicklung neuer Elemente für ein im Wandel begriffenes Sozialstaatskonzept. *Ulrich K. Preuß*

PS: Diese Rezension von Prof. Dr. Ulrich Preuß zum Buch „Gleiche Freiheit“ von Prof. Dr. Dieter Suhr erschien erstmals in der „Zeitschrift für Rechtspolitik“ (Nr. 4/1989, S. 150) und wird hier mit der freundlichen Erlaubnis des Verfassers nachgedruckt. Das Buch erschien nochmals als Sonderdruck in der Schriftenreihe „Fragen der Freiheit“ (Folge 259-260/2001) und steht auch auf der Internetseite http://www.sozialoekonomie.info/Weiterführende_Informationen/Suhr_Gleiche-Freiheit/suhr_gleiche-freiheit.html zum kostenlosen Download zur Verfügung. *Red.*

Ulrike Herrmann

Der Sieg des Kapitals – Wie der Reichtum in die Welt kam: die Geschichte von Wachstum, Geld und Krisen

Frankfurt/M.: Westend Verlag, 3. Aufl. 2013. 288 Seiten.

Ulrike Herrmann ist Bankkauffrau und hat Geschichte und Philosophie studiert. Seit vielen Jahren ist sie Wirtschaftskorrespondentin der Tageszeitung taz und gibt den Ton im Themengebiet Finanzen an.

Der Untertitel von Herrmanns Buch verheißt eine Geschichte von Wachstum, Geld und Krisen. Auf dem Gebiet der Wirtschaftsgeschichte liegen denn auch seine größten Stärken – trotz mancher Banalitäten, z. B. dass die Geschichte des

Kapitalismus einfach Spaß mache, weil sich der Mensch schon immer für Gold, Geld, Reichtum und Macht interessiert habe. (S. 12) Aufschlussreich ist ohne Zweifel, was man in den Teilen 1 - 3 über „Den Aufstieg des Kapitals“, über die Wirtschaft der Antike und im chinesischen Kaiserreich erfährt. Spannend ist auch die Schilderung der Geschichte der Industrialisierung in England in Kapitel 4 unter dem Titel „Der Kapitalismus entstand fast ohne Kapital“. Hier hat man manchmal den Eindruck, dass Kapitalismus und Industrialisierung wie Synonyme behandelt werden. Mit einer Beschreibung der ökonomischen Aufholjagd der Deutschen im 19. Jahrhundert in Kapitel 5 endet der erste von vier Teilen des Buches.

Der zweite Teil des Buches beansprucht, drei Irrtümer über das Kapital klarzustellen: Kapitalismus sei nicht Marktwirtschaft (Kap. 6) und auch nicht das Gegenteil von Staat (Kap. 7), und Globalisierung sei kein neuartiges Phänomen. Eine der zentralen Thesen lautet: Der moderne Kapitalismus ist eine Art Planwirtschaft (S. 71), denn es herrschen die Konzerne unter Ausschaltung des Wettbewerbs. (S. 83) Für die entsprechenden Regelungen Sorge der Staat. Echter Wettbewerb finde nur in Nischen statt, wo die kleinen Selbständigen sich in einem gnadenlosen Wettbewerb behaupten müssten. Diese Unterscheidung zwischen Kapitalismus und Marktwirtschaft ist bemerkenswert. Allerdings teilt Ulrike Herrmann offensichtlich nicht die Hoffnung von Geldreformern, mit Hilfe eines neutralen Geldes die Marktwirtschaft vom Kapitalismus befreien zu können. Manches bleibt bei ihr im Ungefähren, was auch an ihren teilweise unpräzisen Begriffsdefinitionen liegt. So bestand beispielsweise das Kapital im Kapitalismus nicht aus Geld, sondern aus den effizienten Produktionsprozessen und dem technischen Fortschritt. (S. 10)

Im dritten Teil des Buches „Kapital versus Geld“ ist die Rede von „Kapitalismuskritikern, die zwar nichts gegen Kredite haben, aber die Zinsen abschaffen wollen“. (S. 131) Hier wird Margrit Kennedy zitiert, aber offenbar nicht richtig verstanden. Die geldreformerische Analyse, dass „unser Geldsystem für einen ständigen Geldfluss von den Fleißigen zu den Reichen“ Sorge, sei

falsch. (S. 132) Schließlich, so Ulrike Herrmann, gab es Zinsen schon immer, trotzdem habe die Ungleichheit in der Bundesrepublik lange Zeit kaum zugenommen. Geld allein sei schließlich „machtlos“. Der heutige Kapitalismus sei entstanden, weil man in England ab 1760 auf die Idee kam, menschliche Arbeitskraft systematisch durch Maschinen zu ersetzen. Heute finanzierten Kredite das Wachstum, aber sie lösten es nicht eigenständig aus. Auch tendiere die kapitalistische Wirtschaft nicht zur Inflation. Inflation sei im übrigen kein Unglück, „und sie kam auch nicht zustande, weil die Zentralbanken munter gedruckt hätten“. (S. 138) Statt dessen sei die Inflation „eine notwendige und auch segensreiche Folge des Sozialstaats“. Dessen Aktivitäten führten dazu, dass „weder die Gehälter noch die Preise ins Bodenlose“ abglitten, was wiederum die Konjunktur stabilisiere. Dieser sehr wünschenswerte Effekt führe „auch dazu, dass die Preise seither nur noch eine Tendenz kennen: leicht nach oben“. (S. 138)

Statt Inflation drohe heute Ulrike Herrmann zufolge meist das Gegenteil: eine Deflation. (S. 133) Deren Gefahrenpotential schildert sie ausführlich – sehr zu Recht, aber die Überzeugung von Geldreformern, eine Deflation durch die Einführung von „künstlichen Durchhaltekosten“ für liquide gehaltenes Geld verhindern bzw. überwinden zu können, teilt sie nicht.

Im vierten Teil ihres Buches „Die Krisen des Kapitals“ beschäftigt sich Ulrike Herrmann zwar mit Keynes und Gesell und sie erwähnt Keynes' Ausblick auf einen „sanften Tod des Rentiers“ im sozialphilosophischen Schlusskapitel von dessen „Allgemeiner Theorie“, aber nicht dessen Vorschlag eines mit einer Liquiditätsgebühr belasteten Geldes. (S. 176-180) Gesell habe nach Herrmanns Auffassung mit seinem „Schwundgeld ... eine künstliche Inflation erzeugen“ wollen. Die unzutreffende Interpretation zeigt, dass Ulrike Herrmann sich nicht um ein tieferes Verständnis von Gesells und Keynes' Lösungsansatz bemüht hat. Und weiter: „Hätten die Österreicher schon 1932 eine staatliche Nachfragepolitik betrieben, ... wäre das Währungsexperiment von Wörgl überflüssig gewesen.“ (S. 180) So einfach war und ist es aber nicht.

Der Ausweg aus der Finanzkrise (Teil 4) besteht für Ulrike Herrmann darin, die Banken „zu retten, sie zu verstaatlichen – und damit dann die Profiteure zur Kasse zu bitten, indem man die Steuern für die Vermögenden erhöht.“ Das sei für die Gesellschaft weitaus billiger, als die Banken in die Pleite zu schicken. (S. 210f) Ein Konjunkturpaket für den Süden – Griechenland, Portugal und Spanien benötigten Hilfe, um Arbeitslosigkeit, Armut und Hoffnungslosigkeit zu „bekämpfen“, könne sich die Eurozone mühe-los leisten. (S. 229) Gegen den Aufkauf von Staatsanleihen durch die Europäische Zentralbank hat die Autorin offenbar nichts einzuwenden; nur einige deutsche Ökonomenprofessoren begriffen es noch immer nicht und klagten vor dem Bundesverfassungsgericht. (S. 221) Die Deutschen sollten laut Herrmann endlich aufhören, „eigenmächtig ein neues Geldsystem zu erfinden“ und zulassen, dass die Europäische Zentralbank zu einer „normalen“ Notenbank werde, also nach vorheriger Ankündigung Staatsanleihen aufkaufen könne, die keinen Abnehmer finden. Sonst sei sie bald überflüssig, weil der Euro auseinanderbräche. (S. 229) Was an einem Ende des Euro allerdings so schlimm wäre, wird nicht ausgeführt.

Das letzte Kapitel des Buches (S. 239-247) ist mit „Ausblick: Der Untergang des Kapitals“ überschrieben. Es entlässt die Leser in die Ratlosigkeit. Da gebe es inzwischen viele Bücher, die die „idyllische Welt einer ... Postwachstumsökonomie“ beschrieben. Es fehle nicht an einer Vision, sondern „am Weg dorthin“. Es sei eine bisher ungelöste Herausforderung, wie sich der Übergang von einer kapitalistischen Ökonomie zu einer Kreislaufwirtschaft organisieren ließe. (S. 245) Aus geldreformerischer Sicht ließe sich dem widersprechen, auch wenn entsprechende Reformansätze noch einer weiteren Entwicklung bedürfen. Ulrike Herrmann geht aber darauf nicht weiter ein und beschließt ihr Buch in der diffusen Erwartung, es werde sich ein neues System herausbilden, das heute noch nicht zu erkennen sei. Es werde seine Zeitgenossen genauso überraschen, wie es der Kapitalismus tat, als er 1760 im Nordwesten Englands entstanden sei. Niemand habe ihn erwartet, niemand habe ihn geplant –

und trotzdem gebe es ihn. (S.247) Das Buch endet mit dem unverbindlichen Satz: „Wo der Mensch ist, ist das Ende offen.“ *Frank Bohner*

Christoph Türcke **„Mehr! Philosophie des Geldes“**

München: C. H. Beck Verlag, 2015. 480 Seiten.

Christoph Türcke, emeritierter Leipziger Philosophieprofessor und Theologe, hat mit seinem jüngsten Buch eine faszinierende Erzählgeschichte des Geldes geschrieben, die auf den ersten Blick beeindruckt, da sie eine geradlinige Genealogie des Geldes (1. Hauptteil) vom Menschenopfer aus vorgeschichtlicher Zeit bis zum elektronischen Geld der Gegenwart darstellt. Zugleich besticht seine klare Sprache, die das umfassende Werk sehr lesefreundlich macht und komplizierte Gedankengänge der Geldwirtschaft und Ökonomie verständlich erklärt. Zum anderen fragt man sich, warum der Autor den Titel von Georg Simmels Standardwerk „Philosophie des Geldes“ als seinen Untertitel benutzt, wo er sich doch von ihm grundsätzlich unterscheidet. Simmel war Soziologe und sah im Geld ein universales Kommunikationsmittel der Menschheit, das sich als Tauschmittel in der Doppelfunktion des Geldes konkretisiert (relativer Preis eines Gutes und Wert an sich), wobei Türcke an Simmel kritisiert, dass dieser nicht zu erhellen weiß, „was ein Wert ist“. Diesem Manko spürt der Autor nach und interessiert sich deshalb vor allem für die Frage „wo das Geld herkommt und ob es sich abschaffen lässt“. (S.21) Insofern ist seine „Philosophie des Geldes“ eine Herkunftsgeschichte des Geldes, die das „Ungenügen des Geldes“, seine „Gleichgewichtsphantasien“ und seine „Zusammenbruchsphantasien“ (2. Hauptteil) in der Geschichte der Menschheit verdeutlichen will. Dies gelingt Türcke, indem er gekonnt Psychoanalyse, politische Ökonomie und Theologie als Deutungsinstrumente miteinander verbindet und damit zu einer originellen Geldtheorie kommt, indem er Friedrich Nietzsches These von der „Genealogie der Moral“ (die Herkunft der religiösen Schuld kommt aus ökonomischen Schulden) einfach auf den Kopf stellt und sagt: am Anfang war das Menschenopfer und damit die religiöse

Schuldbearbeitung. Das sei die erste Form der Zahlung gewesen. Türcke beruft sich dabei auf Bernhard Laums Werk von 1924 „Heiliges Geld“, in dem die Herkunft des Geldes aus dem griechischen Opferkult erklärt wird. Diese Aussage verlängert aber Türcke buchstäblich bis in die Anfangsgründe der Menschheit, ohne Beweise dafür zu erbringen, und behauptet: Die ersten Hominden hätten Menschenopfer dargebracht, um die Schrecken der Natur zu bannen. Wer dies nicht wahrhaben will, könne nicht verstehen, worum es beim Geld eigentlich geht, denn Zahlung hätte „haarsträubend und unverhältnismäßig blutig begonnen. ... Das Menschenopfer ist also in ganz unmetaphorischem Sinne Geld – das Urgeld, von dem alle späteren Geldformen abstammen.“ (S. 59) In einem langen Substitutionsprozess sei das Menschenopfer schließlich von Tieropfern und später von Metallopfen und Münzen ersetzt worden. Jede Substituierung sei aber eine neue Schuld an der Gottheit gewesen, weil sie mit weniger als einem Menschenopfer abgespeist worden sei. Diese Schuld habe immer neue Zahlungen verlangt, in denen Türcke den Ursprung der „Plusmacherei“ sieht, wie es Marx formuliert hat.

Ob die Ursprünge des Geldes im Menschenopfer liegen, ist fraglich, weil darüber die Meinungen auseinandergehen und vieles noch im Dunkeln liegt; dass sie im religiösen Opfer begründet sind (Tempelsteuer), ist anzunehmen, wenn auch komplizierter geschehen als Türcke vermutet. Hier fragt sich, warum der Autor auf keiner Seite das Buch „Der Preis des Geldes“ (2012) von Christina von Braun erwähnt, das die Kulturgeschichte des Geldes widerspiegelt und in vielem den Ansichten Türckes ähnelt, aber detaillierter die Gegebenheiten beschreibt.

Bei Türcke irritiert die historische Sprunghaftigkeit vom „heiligen Geld“ im griechischen Opferwesen zurück zum Anfang der Menschheit und wieder vom Münzgeld des antiken Griechenlands ins europäische Mittelalter, wo er einen zweiten Anlauf zum Geld beobachtet, der ebenfalls mit einer religiösen Schuld der Kirche begann: Die Päpste von Avignon boten kirchliche Pfründe zum Verkauf an, was kirchenrechtlich verboten war. Daraus resultiert für Türcke

eine Schuld, deren Abtragung man anderen durch fortgesetzte Zahlung auferlegt habe. Historisch fragwürdig aber wird es, wenn Türcke diese religiöse Schuld zum Schrittmacher des Handelskapitalismus macht: „In Avignon wurde erstmals die Mentalität der prinzipiellen Käuflichkeit aller irdischen Dinge eingeübt. Kaufleute vermochten diese Mentalität nicht zu stiften.“ (S. 182) Hier irrt historisch Türcke. Die Kreuzzugsteuer war nicht die erste Steuer in Europa und der Landverkauf der Päpste nicht die erste Veräußerung von Grund und Boden in der feudalen Welt.

Auch ist nicht zu begreifen, dass der Autor das andere bedeutende Buch über Geld in den letzten fünf Jahren (Ulrich Duchrow „Gieriges Geld“, 2013) ignoriert, in dem aufgezeigt wird, das gerade in der sogenannten Achsenzeit zwischen dem 8. und 2. Jahrhundert vor Christus die bis dahin gesellschaftlichen Solidaritäten in Griechenland über Persien bis nach Indien und China zerbrachen, weil in dieser Zeit und in jenen Gesellschaften die Geld-Privateigentums-wirtschaft begann, die eine Spaltung zwischen Arm und Reich mit sich brachte. Hier aber etablieren sich zur gleichen Zeit und in den gleichen Gesellschaften die befreienden Religionen und Philosophien (Judentum, Buddhismus und andere Philosophien), die als Kontrastpraxis eine beziehungsgerechte Kultur des Lebens lehren üben. Sie entwickeln Widerstand und alternative Konzepte für die politische Ökonomie und Spiritualität. Dieser Hinweis fehlt völlig bei Türcke und passt nicht in sein Programm. Ob er diesen Kultureinschnitt gemeint hat, wenn er die Einführung von Metallgeld damit charakterisiert: „Das Schema Gold-Silber-Erz ist Zeuge des radikalen Siegs, den das Patriarchat im gesamten Kulturraum der Muttergottheiten spätestens von der frühen Kupferzeit errungen hat“ (S. 70), bleibt fraglich.

Überhaupt scheint Türcke für alternative Geldtheorien und -praxen kein richtiges Interesse zu haben. Das wird deutlich an seinem Unterkapitel „Schwundgeld“, das sich mit Silvio Gesells Freigeldtheorie beschäftigt, wobei er Gesell bewusst oder unbewusst missversteht. Man muss wirklich nicht ihr Anhänger sein, um Türckes Urteil zu

widersprechen, dass Gesells Stereotypen „vom guten Arbeiter, dem sein 'Ertrag' als unschuldige Frucht redlicher Anstrengung zufällt, und dem bösen Zinsnehmer, der nichtsteuerlich seine Mitmenschen aussaugt, deutliche Züge paranoider Verengung trägt“. (S. 429) Hier versimplifiziert Türcke Gesell und macht ihn lächerlich. Sehr genau sollte man demgegenüber Gesells „Natürliche Wirtschaftsordnung“ lesen, bevor man Keynes positives Urteil über Gesell ins Negative wandelt: „Vor einer 'Zukunft', die 'mehr vom Geiste Gesells als jenem von Marx lernen wird', kann einem nur grausen.“ (S. 430) Türcke wirft Gesell vor, dass dieser keine Ahnung vom sakralen Ursprung des Zinses hat, wenn er feststellt: „Die Begleichung von Priesterschuld durch Opferbedürftige, das war der Urzins: ein Zuschlag zum Priesterhonorar, zunächst ohne jede Eigenständigkeit und vom Honorar selbst nicht klar unterscheidbar.“ (S. 424)

Interessant ist, dass Türcke aber bei der zutreffenden Beschreibung des frühen Kapitalismus die religiöse Schuld als Triebfeder gar nicht mehr braucht, weil die Schuld ganz profan in Form von Schulden am Anfang des neuen Wirtschaftens steht: „Die Handwerksmeister mussten erst einmal Geld ausgeben für englische Wolle, das sie gar nicht oder nur teilweise hatten und sie zu Anleihen bei den zahlreichen örtlichen Bankiers nötigte. Umso erpichtere waren sie darauf, die Löhne ihrer Arbeiter so gering, deren Arbeit so effizient und die Preise der fertigen Tücher so hoch zu halten wie möglich. Sie waren versessen darauf, Plus zu machen; zunächst allerdings gezwungenermaßen, denn sie begannen verschuldet.“ (S. 185f)

Damit war für Türcke die Profanisierung des Geldes endgültig vollzogen, die den sakralen Ursprung in Vergessenheit geraten ließ. Dennoch gilt für ihn, wer das Geld nicht im Kontext von Opferschuld gegenüber höheren Mächten sieht, der greift zu kurz. Deshalb kann er mit folgenden Sätzen schließen: „Daher kann das Geldsystem ohne einen Überbau unerfüllter und unerfüllbarer Phantasien gar nicht existieren. Geld ist ja bloß Ersatz. Sich mit Ersatz begnügen ist oft unvermeidlich und oft besser als gar nichts. Den Ersatz für die Sache selbst nehmen

ist hingegen pervers. Auf diese Perversion stellt das gesamte globale System der Plusmacherei das kollektive Triebleben zunehmend ein. Umso dringlicher ist die Rückbesinnung aufs Urgeld. Geld entstand nicht, um gehortet zu werden, so sehr es sich dazu auch gelegentlich empfiehlt. Geld kam in die Welt, um seine Anlässe zu beseitigen und damit sich selbst überflüssig zu machen. Das ist und bleibt seine Grundbestimmung, auch wenn sie sich niemals erfüllt.“ (S. 467) Somit zeigt sich das Geheimnis des Geldes, das nach Türcke immer „Schmerzensgeld“ ist, in der Dialektik von Opfer und Schuld menschlicher Kulturgeschichte. *Christoph Körner*

Yvonne Hofstetter
Sie wissen alles – Wie intelligente Maschinen in unser Leben eindringen und warum wir für unsere Freiheit kämpfen müssen

München: Bertelsmann Verlag 2014. 351 Seiten.

„Trotz der Enthüllung von Edward Snowden entblößen wir uns unbekümmert weiter. Doch wir werden dabei abgehört. Online einkaufen, chatten, skypen, e-mailen ist zum Spießbrutenlauf geworden... Wir sind nicht nur vollkommen gläsern geworden, wir haben uns auch erpressbar und manipulierbar gemacht.“ (S. 9)

Mit diesem Alarmruf eröffnet die Autorin ihr Buch über intelligente Maschinen, die in unser Leben eindringen und uns beherrschen wollen. Yvonne Hofstetter weiß, wovon sie spricht, denn sie gilt als Expertin für künstliche Intelligenz. Sie ist Geschäftsführerin von „Teramark Technologies“ und spezialisiert auf Techniken zur Auswertung großer Datenmengen mit sich selbst verbessernden Maschinen. Sie hat aber begonnen, die Technologien zu hinterfragen, die ihre Firma entwickelt – Algorithmen und Handlungsanweisungen für Computer, die Handlungen von Börsen, Banken, Versicherungen oder Militärtechnik optimieren. Was sie zur Kritikerin werden ließ, ist die Ausweitung der Optimierungstechniken für die Privatwirtschaft und die Geheimdienste, die zunehmend keiner rechtlichen Kontrolle unterliegen und in einer Grauzone operieren. Dies aber will Hofstetter mit ihrem

Buch ändern, indem sie dazu auffordert, das einzige Supergrundrecht unserer Gesellschaftsordnung, die Menschenwürde, gegen die digitale Revolution zu verteidigen. Sie plädiert für eine neue Gesetzgebung, eine Ethik der Algorithmen und eine gesellschaftliche Debatte darüber, was der Mensch in Zukunft sein will.

In fünf Kapiteln beschreibt die Autorin ihre Gedankengänge. Im ersten Kapitel spricht sie von der Entwicklung zur Big-Data-Gesellschaft und analysiert den höchst wandelbaren Kapitalismus, der nicht mehr – wie viele es glauben – der beste Begleiter der Demokratie sei, sondern schon längst den Bund mit der Diktatur der totalen Datenverarbeitung eingegangen ist und sich als „Informationskapitalismus“ etabliert hat. Denn mit Big Data (Datenfusion) dämmert die Vorherrschaft der Mathematik am Horizont unserer gesellschaftlichen Zukunft, in der die Diktatur privatisiert wird, wenn Wirtschaftsunternehmen unser Leben mit Hilfe unserer Daten quantifizieren, um uns zu vermessen und uns neu zu berechnen. So aber werden wir Menschen vom Subjekt zum Objekt, das optimiert werden kann. Das aber heißt: Intelligente Maschinen sollen menschliche Handlungen und Entscheidungen übernehmen. Das ist das Ziel von Big Data.

Im zweiten Kapitel beschreibt Yvonne Hofstetter die intelligente Emanzipation der Maschinen mithilfe der Algorithmen, wobei der Algorithmus nicht nur ein einfaches Berechnungsverfahren ist, sondern ein Computerprogramm mit einer klar definierten Abfolge von Berechnungsschritten, die von einem Prozessor ausgeführt werden. Dabei verlässt man die klassische Statistik und bezieht sich auf die „Bayes'sche Statistik“, die auf den Geistlichen Reverend Thomas Bayes (1701-1761) zurückgeht. Ihr werden wesentliche Errungenschaften in der Wahrscheinlichkeitstheorie zugeschrieben, die aber hochkomplex sind. Die Bayes'sche Statistik setzt nicht auf Zählexperimente, sondern stellt Hypothesen auf, wie „plausibel“ ein Ereignis ist. Dafür setzt sie subjektive Annahmen, Vorwissen und Erfahrungen in Betracht, ohne jedoch das Zählen der klassischen Statistik auszuschließen. Was aber passiert, wenn uns die künstliche In-

telligenz falsch berechnet? Die Krise der Finanzindustrie von 2008 war eine Blaupause von falscher Berechnung! Sie offenbarte, womit wir rechnen müssen: mit dem „blinden Glauben an die Mathematik, exzessivem algorithmischen Wett-rüsten, dem Eintreten des unwahrscheinlichsten Desasterfalls und der Diktatur selbst ernannter Finanzeliten“. (S. 148)

Im dritten Kapitel („Big Data – Big Money“) beschreibt die Autorin die Finanzkatastrophe von 2008 und den Charakter der neuen Finanzmarktakteure, indem sie Richard „Dick“ Fuld, genannt „Der Gorilla“, Börsenhändler, später Chef der mächtigen Investmentbank Lehmann Brothers zitiert: „Es gilt, unsere Gegner zu zermalmen und alle Menschen zu besiegen, die uns im Weg stehen. Wir werden ihnen das Herz herausreißen und es aufessen, noch bevor sie sterben.“ (S. 163) Wie bewahrheitet sich hier Keynes' Urteil, „dass die Märkte vornehmlich beherrscht seien von unseren Trieben, die das Geld und die Geld-macherei lieben“. (S. 170)

Dies aber führt die Autorin zum vierten Kapitel („Die Diktatur“), in dem sie konkret die Frage stellt: Was ist eigentlich der Mensch? Kontrastreich beschreibt sie die Diktaturwirklichkeit der Dinge, der sich der Mensch von heute ausgeliefert sieht. Sie kann in der Formel zusammengefasst werden kann: „Die NSA sieht alles! Google weiß alles! Apple hört alles!“ (S. 212) Dies führt aber zu dem Ergebnis, dass der moderne Informationskapitalismus genau so wenig in der Lage ist, sich selbst zu regulieren wie der Finanzkapitalismus. So wird Big Data zum einzigen Schicksal „einer Welt, deren Schicksal es ist, kein Schicksal mehr zu haben, und die sich zu einem totalitären System zusammenschließt – ganz ohne Politik, allein durch Technik“. (S. 224) So aber steht die Zivilgesellschaft „vor der Herausforderung, für das digitale Zeitalter ein Technikethos zu entwickeln, eine Theorie, die es uns erlaubt, den gegenwärtigen technischen Umbruch zu verstehen und zu beherrschen“. (S. 251)

Das Ziel ist es, eine „soziale Informations-Ökonomie“ zu entwickeln. Die dazu notwendigen zehn Schritte beschreibt die Autorin im letzten Kapitel („Aufbruch“). Darin fordert Yvonne Hof-

stetter neue Regeln für die neue Zeit, die sowohl Aufgaben des Einzelnen wie des Staates und der Technologen betreffen, denn „wir Bürger haben nicht das Recht, nichts zu tun und nur dem Staat die Alleinverantwortung für die Wahrung der Freiheit zu überlassen“. (S. 284)

Der erste Schritt wäre: „persönlichen Daten den Vorrang einzuräumen“. Hier geht es um die Rückkoppelung des Kapitals gegenüber persönlichen Daten. Das Primat des Kapitals ist ein Denkfehler in unserer Gesellschaft, gegen das schon der Kommunismus zu Recht anging, doch sein Modell schlug fehl, weil er ebenso dem Menschen seinen Subjektcharakter raubte wie es heute der Informationskapitalismus auf andere Weise tut. Deshalb besteht für die Autorin der zweite Schritt für den Einzelnen darin, „zivilen Widerstand zu leisten“. So sind wir aufgefordert, uns gegen die Provokation von Big Data als Einzelne und im Bund mit Nichtregierungsorganisationen zu engagieren, „um den Informationskapitalismus so mitzugestalten, dass unsere zukünftige Gesellschaft lebenswert, frei und zukunftsfähig bleibt.“

Die folgenden sieben Schritte beschreiben die Aufgaben des Staates, die er bis jetzt vernachlässigt hat: „Grundrechte für Datensubjekte schaffen, internationale Algorithmenabkommen schließen, Machtkonzentration bekämpfen, Besteuerung revidieren, den Staat professionalisieren, die Finanzierung für Europas IT-Projekte sicher stellen, klare Grenzen zwischen Mensch und Maschine ziehen.“ Die zehnte Aufgabe betrifft die Technologen: „Maschinen sozialisieren: Conventions by Design“.

Das sind Riesenaufgaben, die kaum zu stemmen sind. Und dennoch wird man sich ihrer annehmen – so meint es die Autorin –, wenn man die Komplexität unserer Weltgesellschaft versucht, konkret wahrzunehmen. Das will die Autorin bei jedem Einzelnen, dem Staat, den Mathematikern und den Technologen erreichen, indem sie damit politische Aufklärungs- und Bildungsarbeit leistet, die wir alle nötig haben. Werden wir uns dieser Verantwortungsaufgabe stellen? Yvonne Hofstetters Buch ist in Deutschland binnen weniger Wochen zum Bestseller geworden. Jetzt kommt es darauf an, das Gedachte

in die beste menschenfreundliche Praxis umzusetzen!

Wie wichtig dies ist, haben die Landeszentralen für politische Bildung in Deutschland erkannt, indem sie sofort nach dem Erscheinen der ersten Auflage eine Sonderauflage des Buches verwirklichten, die nicht für den Verkauf bestimmt ist und darum zum Zwecke der politischen Bildung kostenlos vertrieben wird.

Christoph Körner

Josef Vogl **Der Souveränitätseffekt**

Zürich und Berlin: diaphanes Verlag, 2015. 320 Seiten.

Souverän ist derjenige, der über sein Schicksal selbst bestimmen kann. Natürlich im Rahmen vorgegebener Bedingungen. Einigen gesellschaftlichen Akteuren gelingt das besser als anderen. Über die Ursachen hat Joseph Vogl einen historisch-spekulativen Versuch vorgelegt. Der Berliner Kulturwissenschaftler sucht sie in der ökonomischen Sphäre und ist durchaus fündig geworden. In den Ausnahmen erkennt er die Regel.

Spätestens mit seinem Essay „Das Gespenst des Kapitals“, der im Jahr 2010 erschien, hat sich der Professor an der Humboldt-Universität Berlin einen glänzenden Ruf jenseits der akademischen Zunft erworben. Mit dem Büchlein sorgte er zuerst in den deutschen Feuilletons für Aufsehen, später in der Ökonomen-Szene. In ungewohnt eleganter Sprache seziert er den Konstruktionsplan unseres Finanzsystems. Er spürt seine Fehler in der Entstehungsgeschichte auf und beschreibt sie anschaulich.

Sein neues Buch „Der Souveränitätseffekt“ knüpft unmittelbar dort an, wo der Essay aufhört: Vogl beschreibt die gesellschaftlichen Interaktionen, die zum falschen Plan führten. Der am Denken von Michel Foucault und Gilles Deleuze geschulte Wissenschaftler rückt nun jene Mechanismen ins Zentrum, die es gesellschaftlichen Eliten ermöglichen, jenseits etablierter Kontrollmechanismen ihre Interessen durchzusetzen.

„Es hat sich ein spezifischer Machttypus formiert“, schreibt Vogl, „der eine autonome Stellung innerhalb der Regierungspraxis einnimmt.“

Er ist weder durch politische Strukturen noch durch ökonomische Operationen und Strategien hinreichend beschreibbar.“ Diesen Typus nennt er auch „Souveränitätsreservat, Indifferenzzone oder autonome Kopplung“ und charakterisiert ihn über das Ineinanderwirken beider Pole. Es geht ihm also um die Grauzone zwischen Wirtschaft und Politik, in der Expertenkomitees, eilig zusammen gerufene Gremien oder informelle Konsortien aus politischen und ökonomischen Akteuren maßgeblich an Regierungsgeschäften beteiligt sind.

Für konkrete Beispiele geht Vogl zurück bis in die Zeit der Renaissance und beschreibt spezifische Ausnahmesituationen. Die Schulden europäischer Fürstenhöfe etwa, die meist durch die Finanzierung von Kriegen entstanden. In diesen Konstellationen nahmen Herrscher bereits im 14. und 15. Jahrhundert Kredite bei privaten Finanziers auf. „Ausgehend von oberitalienischen Stadtstaaten vollzog sich erstmals die direkte Integration von privaten Gläubigern in die Ausübung von Politik“, sagt Vogl im Interview mit der Autorin.

Er beschreibt diesen Akt auch als „Auslagerung von Regierungsfunktionen“. Im Laufe der Jahrhunderte – so seine These – habe sich dieser Prozess verstetigt, eine Eigendynamik entwickelt. „Jedenfalls hat das zu einer ganz bestimmten Form exekutiver Inseln geführt. In der Bank von England etwa haben sich Ende des 17. Jahrhunderts die englischen Staatsgläubiger zusammengeschlossen, sich bestimmte Steuermonopole gesichert und dauerhaften Einfluss auf den Fiskus und somit auf die Regierungspolitik verschafft.“ Damit habe die Karriere von Zentralbanken begonnen. Sie platzierten sich als neue, unabhängige Instanzen innerhalb der Regierungsmacht.

An diesem Muster änderte auch die allmähliche Durchsetzung demokratischer Regierungsformen nichts. „Interessant ist, dass gerade im Zuge dieser Demokratisierung Enklaven geschaffen wurden, eine Art vierter Gewalt, die dem Zugriff von Regierung und Königshaus entzogen war, und in der sich die Finanziers und Inhaber von Staatsschulden souveräne Kompetenzen aneigneten.“

Seit den 1960er Jahren beobachten Wissenschaftler ausgehend von den USA eine Ausdehnung der Regeln der Finanzlogik auf den öffentlichen Bereich und die Privatsphäre. Sie prägten dafür den Begriff „Finanzialisierung“. Altersrenten zum Beispiel werden kapitalisiert, Gesundheitsrisiken privatisiert. „Spätestens seit den 1990er Jahren geht es um Verfahren der wechselseitigen Einbettung und um die Erzeugung einer Durchlässigkeit, mit der Finanzierungsbedingungen die Regeln zum Umbau politischer Strukturen diktieren, staatliche Einrichtungen aber als Aggregate zur Verankerung von Marktmechanismen fungieren.“

Mit dem Denkmodell der Informalisierung relevanter politischer Entscheidungsprozesse erfasst Vogl auch die Vorgänge rund um die Große Finanzkrise seit dem Jahr 2008. Als „ominös“ beschreibt er zum Beispiel die sogenannten „Institutionen“ bzw. die „Troika“ aus Vertretern des Internationalen Währungsfonds, der Europäischen Zentralbank und der Europäischen Kommission: Sie sei im Grunde ein informeller Zirkel, der in Griechenland unmittelbar Regierungsmacht ausübe. Schließlich habe sie eines der wichtigsten Souveränitätsrechte moderner Staaten kassiert; das Budgetrecht.

Zudem vertrete die Troika ausschließlich Gläubigerinteressen. Damit initiiere sie einen Umschuldungsprozess mit klaren Prioritäten: „Die sogenannte Lösung des griechischen Problems bestand ja darin, dass man die privaten Gläubiger, die Banken in Deutschland und Frankreich, die Inhaber griechischer Staatspapiere refinanzierte und die Lasten dieser Schulden dann vor allem auf griechische Rentner, Lohnabhängige und soziale Infrastrukturen abgeladen hat.“

Dieses Buch ist keine einfache Lektüre. Von der luziden Leichtigkeit des „Gespensts des Kapitals“ ist wenig zu spüren. Und dennoch lohnt es, sich durch mitunter ein wenig sperrige Kapitel und wortreiche Wiederholungen zu lesen. Nach der Lektüre hat sich der Blick dafür geschärft, was Souveränität in der ökonomischen Sphäre bedeutet. Duster resümiert Vogl: „Souverän ist, wer eigene Risiken in Gefahren für andere zu verwandeln vermag und sich als Gläubiger letzter Instanz etabliert.“ Uli Müller

Gabriel Zucman Steueroasen – Wo der Wohlstand der Nationen versteckt wird

Frankfurt/M.: Suhrkamp Verlag, 2014. 118 Seiten.

Die Fälle Uli Hoeneß und Alice Schwarzer sowie die Selbstanzeigen von vielen deutschen Steuersündern in den letzten Jahren lassen hoffen, dass die Epoche der Steuerhinterziehung zum Ende kommt. So hätten, liest man oft, die Schweizer Banker mit ihren Exzessen ihre trübe Tätigkeit selber in den Ruin geführt. Das Buch des Franzosen Gabriel Zucman, 2013 erstmalig veröffentlicht, schlägt in diesem Kontext wie eine schmerzhaft Mahnung ein. Denn: „Den Steueroasen ging es noch nie besser als heute“ (11), schreibt der 1986 geborene Assistant Professor an der London School of Economics, und die bisher angewandten Gegenmittel würden dem Skandal nicht gerecht.

Die Recherchen, die Zucman in seiner Doktorarbeit unter der Führung von Thomas Piketty machte, gelangen zur bisher präzisesten Einschätzung der in Steueroasen versteckten Vermögen. Doch das Buch geht weit über diese Bilanz hinaus. Während die beiden ersten Kapitel sich auf die Geschichte und Organisation der Steueroasen konzentrieren, erforscht der Autor in den beiden letzten Kapiteln die nach seiner Ansicht illusorischen und realistischen Lösungen. Beim Lesen dieses Buches wird deutlich, wie wenig das brennende Eisen „Steueroasen“ mit der Nachgiebigkeit einiger Zwergstaaten zu tun hat. Unter der fast beschönigenden Bezeichnung „Steueroasen“ muss man eher eine organisierte Beraubung der Staaten durch andere verstehen, getrieben durch den Egoismus der Reichsten. Und nur eine Koalition der Nationen kann sie – am besten mit kommerziellen Sanktionen – stoppen, um eben ihre eigene Steuerhoheit zurückzugewinnen, argumentiert Zucman überzeugend.

Wieviel Geld wird offshore versteckt? Nach Zucman habe es sich 2013 um 5800 Mrd. Euro gehandelt, darunter 1800 Mrd. Euro allein in der Schweiz. Um zu diesem Ergebnis zu kommen, wurden erstmalig die Ungleichgewichte in den Vermögensbilanzen der Länder ausgewertet. Diese Methode ergibt eine zuverlässige Minimal-

schätzung, die allerdings weder das deponierte Bargeld, die Lebensversicherungen und die nichtfinanziellen Vermögenswerte wie die in Steueroasen lagernden Yachten oder Kunstwerke mit berechnet. Immerhin: diese Ziffer entspricht etwa dem summierten Bruttoinlandsprodukt von Deutschland, Frankreich und Spanien in 2013.

Diese zu etwa 80% nicht deklarierten Gelder gehören nicht hauptsächlich arabischen Fürsten und afrikanischen Diktatoren, wie man denken könnte. Die schweizerische Nationalbank gibt an, dass 1000 Mrd. Euro Europäern gehören, allen voran Deutschen (200 Milliarden) und Franzosen (180 Milliarden). Die Reichen aus diesen beiden Ländern würden nach Zucman die gleichen Summen auch noch in den anderen Steueroasen besitzen. Die Steuereinbußen für Deutschland würden sich auf 10 Mrd. Euro belaufen. Für Frankreich, wo es eine sogenannte ‘Solidaritätssteuer auf Vermögen’ gibt, seien es 17 Mrd. Euro an Verlusten. Hinsichtlich der Staatsverschuldung der europäischen Länder sind es beträchtliche Schätze, zumal das Problem nicht nur rein ökonomisch, sondern auch moralisch ist: Die vielen Verschleierungsmöglichkeiten, die die Steueroasen noch anbieten, können kriminelle Aktivitäten wie Drogenhandel und Bestechung “nur ermutigen” (S. 60), erinnert Zucman.

Besonders lehrreich ist das Kapitel über die Geschichte des Finanzplatzes Schweiz, der heute noch im strategischen Zentrum des Steueroasen-Archipels liegt. Mit Hilfe von Archiven bringt Zucman die Legende ins Wanken, das 1934 verabschiedete Bankgeheimnis habe vermögende Juden vor der Beraubung durch die Nazis schützen wollen. Die gesetzliche Regelung „erfolgte mithin nach den ersten massiven Kapitalzuflüssen und nicht umgekehrt.“ (S. 29) Nach dem Krieg machten die USA die Besteuerung der französischen Eigentümer von amerikanischen Wertpapieren zur Bedingung für die Aufstellung des Marshall-Plans. Die Banker bescheinigten jedoch in „Fälschungen in großem Stil“, dass die Wertpapiere Schweizern oder Unternehmern in Panama gehörten. (S. 32) Da zeigte sich bereits, was der Kern von Zucmans politischer Argumentation ist: der skrupellose Erfindungsgeist vieler Schweizer Banker, um ihren dubiosen Kommerz

auf Kosten der Nachbarn zu schützen. „Keine Lösung für das Problem der Steuerhinterziehung kann sich daher auf ihren vorgeblichen guten Willen stützen.“ (S. 33)

Die neueren Entwicklungen bekräftigen leider diese Behauptung. Die Zinssteuerrichtlinie ist das Vorzeigeprojekt der Europäischen Union im Kampf gegen Steuerflucht. Aber sie gilt nur für Konten natürlicher Personen und nicht für Konten juristischer Personen wie Briefkastenfirmen, Trusts und Stiftungen aus Panama, den britischen Jungferninseln oder Liechtenstein. Eine der demonstrativsten Grafiken des Buches zeigt, wie auf die Einführung des Gesetzes 2005 eine sprunghafte Zunahme von solchen Strohfirmen in der Schweiz folgte – parallel zum Absturz individueller Konten, die nur noch 12% der Schweizer Konten ausmachen. Diese einarmige Regelung ohne Kontrollmittel beschleunigte nach allen Wahrscheinlichkeiten die Verschleierungen der größten Vermögen. Wenn man Zucman folgt, so sollte man das im letzten Mai von EU-Ländern und der Schweiz unterzeichnete Abkommen, das durch automatischen Datenaustausch das Ende des Bankgeheimnisses für EU-Bürger ab 2018 vorsieht, mit großer Vorsicht erwarten.

Zucman beruft sich auf die Französische Revolution von 1789, die die Nichtbesteuerung des Adels und des Klerus abschaffte, um zur Einrichtung eines internationalen „Finanzkatasters“ aufzurufen, welches vom Internationalen Währungsfonds übernommen werden könnte. Der IWF sollte sowohl zirkulierende Wertpapiere als auch deren Eigentümer registrieren, wie es bereits in Schweden geschieht. Dazu müsste eine internationale, an der Quelle erhobene Kapitalsteuer von etwa 2% eingerichtet werden, die von jeweiligen Steueradministrationen rückzahlbar wäre. Während beispielweise Frankreich 0,5% der Steuer erstatten würde, könnten Staaten, die die Vermögen nicht besteuern wollen, das Ganze erstatten. Diese zwei Projekte gehören zusammen, da die meisten Länder bisher keine Steuer auf das Vermögen der Steuerpflichtigen, sondern lediglich auf die Einkünfte erheben, und es sich für jedes einzelne nicht lohnt, den Stier bei den Hörnern zu packen. Zucman betont, dass es im Kampf um finanzielle Transparenz lediglich dar-

um gehe, die Tragweite der auf regionaler Ebene schon bestehenden Instrumente auszudehnen. Es ist allerdings klar, dass das vorgeschlagene Verfahren anderer Natur ist und es einen starken politischen Willen voraussetzt – zumal der Vorschlag von einem Anhänger der an sich bestreitbaren Kapitalsteuer gemacht wird. Mit der Verurteilung jeglicher Informationen-Austausch-Initiativen sowie des Ausschlusses von „jeder Form der Amnestie“ für Steuersünder (S. 65) profiliert sich Zucman darüber hinaus als vielleicht etwas übereifriger Hardliner. Dennoch ist die Lektüre seiner faktenreichen und betont didaktischen Untersuchung ein absolutes Muss für eine aufgeklärte Debatte über die Zukunft des Weltkapitalismus. Weitere Informationen gibt es auch auf Zucmans Website <http://gabriel-zucman.eu/riche-esse-cachee/>

Gabriel Lombard

Karl-Heinz Brodbeck Faust und die Sprache des Geldes Denkformen der Ökonomie – Impulse aus der Goethezeit

München: Verlag Karl Alber, 2014. 384 Seiten.

„Goethe und das Geld“ war Thema der Goethe-Festwochen im Jahre 2012 in Frankfurt am Main. In kontroversen Vorträgen, einer Ausstellung und Faustaufführungen wurde die Thematik aktualisiert. Goethes Wirken fällt in die Zeit einer Epochenschwelle, in der sich vieles von dem entwickelt hat, was heute global als Geld- und Finanzökonomie, die Lebenswelt der Menschen zu beherrschen droht. Zur Zeit der Ausarbeitung des „Faust“ fand eine umfassende Diskussion über Sinn und Zweck des Geldes statt.

Goethes „Faust“ hat in der modernen Ökonomie fast keine Rolle gespielt. Er wird als Werk eines Dichters betrachtet. Karl-Heinz Brodbeck hat nun den Versuch unternommen, seine ökonomischen Inhalte einer sozialphilosophischen Untersuchung zu unterziehen, und ist fündig geworden, vor allem indem er die ökonomische Literatur der Goethezeit zum Wesen des Geldes mit einbezieht. Bereits im Jahre 2000 hat Brodbeck eine sehr fundierte Arbeit zu den „Fragwürdigen Grundlagen der Ökonomie“ vorgelegt. Es gibt kaum eine Arbeit, die so grundlegend die

Fundamente der ökonomischen Theorie frei legt. Er bestreitet schlichtweg, dass eine Ökonomik auf naturwissenschaftlicher Basis möglich ist. Die traditionelle Ökonomik hat in den letzten hundert Jahren versucht, ihre Wissenschaftlichkeit durch mathematische Modelle und statistische Verfahren sowie Meinungsumfragen zu erhöhen. Brodbeck sieht darin einen Irrweg, da qualitative Argumentationen vernachlässigt werden. Er sieht Goethe als einen universellen Geist, der nicht mit einem ökonomischen Blick zu betrachten ist.

Aus einem sozialphilosophischen Blickwinkel lässt sich das Wesen des Geldes allerdings aus „Faust II“ dechiffrieren. Darauf aufbauend entwickelt Brodbeck eine eigene Geldtheorie. Die Goethezeit hatte noch ein klareres Bewusstsein als heute von der Semiotik des Geldes. „Ferner wurde in Grundzügen gesehen, nicht zuletzt von Goethe selbst, dass Geld kein Ding unter Dingen, sondern eine Form der menschlichen Gesellschaft ist. Diese Vergesellschaftung vollziehen Individuen nicht unbewusst oder blind, wohl aber vom nächsten entfremdet in der Denkform des Geldes, der ich den Namen ‚Geldsubjekt‘ gegeben habe.“ (Brodbeck 2004, S. 11) Er wendet sich gegen die These, dass Geld sich aus einfachen Tauschhandlungen entwickelt hat. Nur wenn die Gesellschaft ein ausreichendes Maßsystem und eine Moral entwickelt hat, die Eigentum anerkennt, kann getauscht werden.

Aufbauend auf der „Nikomachischen Ethik“ von Aristoteles bestimmt Brodbeck das Wesen des Geldes. Das Geld misst keinen Wert an den Waren und ist auch kein Zeichen für einen Wert. „Sein Wesen besteht in seiner reinen Funktion: In ihm rechnend, in einer fiktiven oder leeren Größe, vollziehen die Vielen ihre Einheit ihrer Vergesellschaftung. Das Wesen der Einheit der Geldrechnung ist die soziale Einheit der Geldrechnung der Gesellschaft. Die Rechnung vollzieht sich zwar an einem physischen Ding neben all den auf Märkten gehandelten Waren; Metall, Salz, Muscheln, Papier oder Computer haben als Einheit der Rechnung gedient.“ (Brodbeck 2014, S. 39)

Nach Brodbeck kann auch eine andere Institution als Geld die arbeitsteiligen Tätigkeiten

koordinieren. Geld ist eine gedachte Größe, die keine Entsprechung auf der Bedürfnis- oder Produktionsseite hat. Die Geldeinheit ist eine illusionäre. „Ihr Inhalt ist ihr sozialer Vollzug, das millionenfache Rechnen in dieser Einheit, worin Leistungen und Wünsche aufeinander bezogen werden.“ (Brodbeck 2014, S.39) Die Vermittlungsfunktion des Geldes kann nur funktionieren, wenn das Geld als vorübergehendes Eigentum betrachtet wird und dem Zirkulationsprozess dadurch teilweise entzogen wird. Dies bietet die Möglichkeit, das Geld auch für Spekulationen einzusetzen. Das Geld muss immer wieder ausgegeben werden. Man braucht das Geld zur Überwindung der Marktzutrittsschranke und ist somit ein Hebel der Verarmung. „Das Geld zieht durch die Gesellschaft eine rote Linie, die nicht überschreiten zu können Verarmung und Vereinsamung bedeutet, während sie andererseits dazu anreizt, diese Linie unter Missachtung von rechtlichen Normierungen zu umgehen: Diebstahl, Betrug und eine Vielzahl illegaler Aktivitäten (Frauen- und Kinderhandel, Rauschgift- oder Waffenhandel, betrügerische Geldgeschäfte usw.). Diese Marktzutrittsschranke ist keine bloß hypothetische Entität; sie verläuft durchaus sichtbar global entlang der Slums und Elendsviertel, der Handelsrouten illegaler Geldgeschäfte und im Binnenbereich einer Nation entlang der poverty line.“ (Brodbeck 2014, S. 41)

Im Laufe der Zeit hat sich eine Geldökonomie herausgebildet. Das Streben nach Geld paart sich mit der Angst, keinen Zutritt zum Markt zu finden. Es formt sich ein Geldsubjekt. „Nicht nur Banker, Spekulanten oder korrupte Politiker repräsentieren diesen Subjekttypus – jeder Teilnehmer an einer Geldökonomie verwandelt sich auch in ein berechnendes auf irgendeine Weise nach Geld strebendes Wesen.“ (Brodbeck 2014, S. 42) Das Geldsubjekt erweist sich als ein rechnendes Wesen, das in einer leeren, abstrakten und illusionären Einheit denkt. Es geht immer um mehr Geld. Beim einfachen Warentausch tritt das Geld hauptsächlich als Vermittler auf; tritt der Kredit hinzu, soll aus Geld mehr Geld gemacht werden. „Die Unterwerfung von immer mehr gesellschaftlichen Bereichen unter die Logik des Geldsubjekts führt also einmal zu einer

durchgreifenden Rationalisierung der Welt, wobei hier ‚Ratio‘ im römischen Sinn wörtlich zu nehmen ist: Berechnung, kaufmännische Rechnungslegung. Zum anderen überzieht es die Gesellschaft mit einem Wachstums- und Veränderungszwang, um einen Überschuss für Gewinn und Zins zu erzeugen.“ (Brodbeck 2014, S. 46) Er betrachtet das Geld vor allem als ein illusionäres Denk- und Rechengebäude, das formal und imperial aufgebaut ist.

In diesem Buch werden Geld und Gesellschaft bei Goethe ausführlich dargestellt. Hier erfährt der Leser eine Menge über Goethes Gesellschaftsphilosophie, über Gemeinwohl, Einzelinteresse und Moral, über Faust als Geldsubjekt und über Geldbewusstsein in „Faust II“.

Brodbeck setzt sich außerdem umfassend mit Theorien über das Geld im Umkreis von „Faust II“ auseinander. Hier zeigt sich, dass sich eine Vielzahl namhafter Wissenschaftler mit der Geldtheorie Goethes auseinander gesetzt hat. Brodbeck thematisiert Autoren, die auch unter Experten nahezu unbekannt sind. Er gehört zu den wenigen Autoren, die sogar der Geldtheorie des vergessenen Romantikers, Adam Müller, etwas Positives abgewinnen kann. In seiner kritischen Analyse weist er die berühmte These vom fetischcharakter der Waren und des Geldes von Marx als einseitig zurück. Marx hat sich zwar ausführlich mit der englischen Klassik beschäftigt, dabei aber wichtige andere zeitgenössische Debatten vernachlässigt. „Der Grund, dies zu übersehen, ist meist eine Unkenntnis der deutschen ökonomischen Literatur. Auch Marx kannte nur wenig und überzog das Wenige mit der ihm eigentümlich maßlosen Scheinkritik. Hufeland, Sartorius, Lotz, Lueder oder Möser hat Marx nicht rezipiert. Und Adam Müller findet sich in einer Fußnote nur der unverständliche Vorwurf, er sei ein ‚romantischer Sykophant.‘“ (Brodbeck 2014, S. 338)

Demgegenüber hat der Autor die geldtheoretische Literatur umfassend aufgearbeitet und kritisiert. Er hat mit seinen grundlegenden Monographien zu den „Fragwürdigen Grundlagen der Ökonomik“ und seinen Ausführungen zur Wert- und Geldtheorie im „Faust“ den Finger in die Wunden der modernen Ökonomik gelegt. Eine

andere, eine bessere Ökonomie ist untrennbar mit der Reform des Geldes verbunden.

Helmut Woll

Naomi Klein Die Entscheidung – Kapitalismus vs. Klima

Frankfurt/M.: S. Fischer Verlag, 2015. 699 Seiten.

(Originalausgabe: „This Changes Everything. Capitalism vs. Climate“, New York 2014)

Das Buch der Ökonomin und Aktivistin Naomi Klein ist ein Weckruf in Bezug auf die schnell voranschreitende Klimagefährdung, zugleich ein Aufruf zum gesellschaftlichen Widerstand gegen die Expansion der von ihr so genannten „Fossilindustrien“ (Kohle-, Öl- und Gasindustrie). Klein bemüht sich nicht um moderate Darstellungen, sondern schildert Gefährdungen und auch kapitalistische Interessenlagen sehr drastisch.

Klein stellt die Frage, ob menschliches (Über-)Leben auf der Erde möglich ist, wenn die Interessen der „Fossilindustrien“ in diametralem Gegensatz zu den von der Wissenschaft formulierten CO₂-Reduktionsnotwendigkeiten stehen und wenn die wirtschaftliche Macht dieser Industrien – bisher – ein rechtzeitiges Abbremsen im gegenwärtigen System schwer vorstellbar macht.

Wirksamer Klimaschutz entwertet „Fossil-Investitionen“ – entsprechend groß ist im Regelfall der Widerstand der Unternehmen, die fossile Brennstoffe fördern. Noch schlimmer (S. 182): „Damit der (Markt-)Wert dieser Firmen stabil bleibt oder steigt, müssen sie ihren Aktionären ständig nachweisen können, dass sie neue Kohlenstoffreserven in Aussicht haben, sobald diejenigen, die sie derzeit ausbeuten, erschöpft sind. ... Die Reserven-Erneuerungsrate einer Firma muss mindestens 100% betragen“ – ein auf Wachstum programmiertes Klimabelastungssystem!

Nebenbei müssen nach dieser Logik – wenn die herkömmlichen Ressourcen zur Neige gehen – ökologisch immer riskantere Kohlenstoffvorkommen gesucht und dann auch abgebaut werden – u.a. auch hochgiftiger Teersand bzw. Abbau per Fracking. Dabei werden in den „Opferzonen“ der Ressourcengewinnung neben der Natur auch

Menschen in großer Zahl massiv geschädigt. Klein schildert ausführlich, wie Industrien (oft mit Hilfe von Regierungen!) in vielen Teilen der Welt die Rechte von Menschen beschneiden, um extrahieren zu können.

In einer Schlüsselpassage zitiert Klein eine Studie, wonach die Öl-, Gas- und Kohlevorkommen, auf die Unternehmen, die fossile Brennstoffe fördern, bereits Anspruch erheben – Vorkommen, die schon jetzt in ihren Büchern stehen und mit denen Gewinne für ihre Aktionäre erzielt werden – etwa fünfmal so viel Kohlenstoff beinhalten, wie wir in der Zeit von 2011 bis 2049 verbrennen dürfen, wollen wir die ernsthafte Chance wahren, die Erderwärmung unter 2 Grad Celsius zu halten. (S. 185) Klein zitiert dazu den Klimaaktivisten McKibben mit den Worten: „Die Industrie hat durch Anträge an die amerikanische Börsenaufsichtsbehörde und durch Versprechen an ihre Aktionäre zu verstehen gegeben, dass sie vorhat, fünfmal so viel fossile Brennstoffe zu verbrennen, wie die Erdatmosphäre aufnehmen kann“. Sie folgert daraus: „Diese Zahlen sagen uns ..., dass genau das, was wir tun müssen, um die Katastrophe abzuwenden – mit der Erschließung neuer Quellen aufhören – für die Unternehmen inakzeptabel ist, weil sie damit ihren eigenen Untergang besiegeln [bzw.] ... dass die radikale Verminderung der Emissionen nicht vereinbar [ist] mit der Existenz einer der profitabelsten Industrien der Welt.“ (S. 185f)

In weiteren Kapiteln argumentiert Klein, dass die Lösung nicht in „Geo-Engineering“ liegen kann, z.B. durch „Verdunkelung der Sonne“ per Schwefelinjektion in die Atmosphäre. Solche Ideen kommen – Klein zufolge – hauptsächlich von „grünen Milliardären“; oft mit dem Ziel, die gegenwärtige Wirtschaftsweise klimafolgenneutral weiterführen zu können.

Vor diesem Hintergrund kann für Klein eine Lösung im Sinne des Verzichts auf weitere profitable „Fossil-Projekte“ nur von unten kommen, von Widerstand vor Ort, z.B. in Gegenden, wo die Rechte indigener Völker verfassungsrechtlich geschützt sind (wie in den USA und Kanada). Ein Erfolg erfordere allerdings eine breite Mobilisierung der Bevölkerung. Klein vergleicht die Lage

dabei mit dem Widerstand gegen Apartheid und Sklaverei. Auch dort waren wirtschaftlich sehr mächtige und dem Allgemeinwohl entgegenstehende Interessen zu überwinden. Der Unterschied: gegen den Klimawandel gibt es auf Dauer auch für die heute Privilegierten keine realistische Fluchtmöglichkeit.

Klein hofft insgesamt, dass „der Klimawandel ... ein Katalysator für positiven Wandel werden könnte – indem er ... das beste Argument ... dafür liefert, den Wiederaufbau und die Wiederbelebung der regionalen Wirtschaft zu fördern; unsere Demokratien dem zerstörerischen Einfluss der Konzerne zu entreißen; gefährliche neue Freihandelsabkommen zu blockieren und umzuschreiben; in die unterentwickelte öffentliche Infrastruktur ... zu investieren; die Privatisierung ... der Wasserversorgung rückgängig zu machen ... [und] endlich die Landrechte der indigenen Völker anzuerkennen“. (S. 16-17) Ihr wurde daraufhin vorgeworfen, das Klima sei ihr nur ein Vorwand für eine Mobilisierung gegen das kapitalistische System. Ferner ist darauf hinzuweisen, dass steigende Emissionen letztlich nicht nur durch die Anbieterinteressen, sondern z.B. auch durch die energieintensiven Wünsche von Verbrauchern in aller Welt zu erklären sind. Und wahr ist auch, dass eine globale Herausforderung eben nicht nur durch lokalen „Widerstand vor Ort“ gelöst werden kann und auch nicht durch rein nationale Maßnahmen. Dennoch beschreibt Klein, in diesem Punkt mit dem Ökonomen Hans-Werner Sinn ganz auf einer Linie, ein echtes Problem: dass nämlich eine Klimawende nicht gelingen kann, wenn man – in Analyse und Therapie – die Anbieterinteressen ignoriert.

Für manchen Leser mag die Eindringlichkeit und systemkritische Einseitigkeit der Darstellungen Kleins eine Zumutung sein. Aber: wir alle neigen zum Relativieren der Klimabedrohung. Ein CO₂-Atom ist Jahrzehnte unterwegs bis zur Atmosphäre und wirkt dort Jahrhunderte als Treibhausgas. Wir neigen dazu, das zu unterschätzen! Auch unsere Gewohnheit, eher lokal als global zu denken, erschwert eine bewusste Wahrnehmung der Gefahr. Vor diesem Hintergrund ist das Buch – auch in seiner Radikalität – ernst zu

nehmen und es sei zur Lektüre nachdrücklich empfohlen.

Johann Walter

Pierre Joseph Proudhon Theorie der Steuer

Marburg: Metropolis Verlag, 2013. 358 Seiten.

Proudhon zu lesen ist keine Leichtigkeit, da es durchaus Mühe macht, sich durch seine unsystematisch und widersprüchlich erscheinenden Werke zu arbeiten. Die unzähligen Missverständnisse seiner Ideen beruhen aber auch auf der ihm so wichtigen dialektischen Methode – ein Denken, welches bis heute dem Laien, aber genauso dem Forscher äußerste Schwierigkeiten macht. Proudhon kritisierte ausgiebig den Status quo und die ihn rechtfertigende politische Ökonomie, aber zerschlug ebenso die utopischen Gegenentwürfe seiner Zeit. Er kämpfte daher an zwei Fronten, geleitet durch die Grundidee, dass die Gesellschaft in einem evolutionären Prozess auf ein System der Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit zusteuert. Egal, ob man nun Proudhon als Sozialphilosophen, politischen Philosophen, Anarchisten, Libertärsozialisten oder politischen Ökonomen interpretiert – sein Denken ist geprägt vom Primat der Ökonomie gegenüber der Politik.

Nun sind wir auch schon mitten im zu besprechenden Buch, welches um die Idee der Unterordnung des Staates unter das System ökonomischer Beziehungen kreist. Genau umgekehrt dem Forschungs- und Reformprogramm Karl Polanyis plädiert Proudhon für eine Einbettung des Staates in die Ökonomie und Degradierung zum Tauschpartner. Damit handelt es sich genau genommen nicht nur um eine Theorie der Steuer – worunter man sich heute Fragen der Steuergerechtigkeit und -effizienz vorstellen mag –, sondern vielmehr um eine Theorie (der Legitimation) des Staates.

Proudhon beginnt mit der Rekonstruktion der Steuer in der Geschichte, wo die Steuer stets den Privatbedürfnissen der herrschenden (meist religiös legitimierten) Klassen diene: „Die Idee, aus der Regierung unter dem Gesichtspunkt der Steuer einen Tauschpartner zu machen, ist noch ziemlich neu, unseren siebzig Jahren Revolution

zum Trotz. Sie steht zu sehr im Widerspruch zu unseren Lebensgewohnheiten, die völlig von Theosophie und Theokratie geprägt sind, und zu unserer in Fleisch und Blut übergegangenen Untertänigkeit“. (S. 67)

Steuern müssen Leistungen gegenüberstehen, wobei die Leistungen nur nutzenstiftend sind, wenn sie einem Bedarf entsprechen. Nun könnte man daraus ableiten, dass man gleich die Steuer abschaffen könnte und den Leistungstausch über den Markt absichern könnte. Ganz so naiv ist Proudhon nicht, denn er begründet Staatstätigkeit bzw. Steuern z.B. mit Infrastrukturleistungen wie Transportwegen, dem Kreditwesen oder der Bewirtschaftung von Wäldern und Gewässern. Wenn auch nicht so explizit, deutet Proudhon hier das potentielle Marktversagen bei privatwirtschaftlicher Organisation von natürlichen Monopolen an. Auch wenn er prinzipiell gegen jegliche Form der Obrigkeit ist, so gesteht er vorsichtig auch eine gewisse Lenkungsfunktion der Steuer ein; z.B. die Tabaksteuer zur Reduktion des gesundheitsschädigenden Tabakkonsums oder die Hundesteuer im öffentlichen Interesse der Hygiene.

Proudhon analysiert sehr detailliert die verschiedenen Steuerarten und prüft ihre Zweckmäßigkeit und ihre Gerechtigkeit bzw. ihre ökonomische Wirkung auf die Gleichheit. Dabei überrascht, wie differenziert seine Kritik der Luxussteuer ausfällt und dass er gegen eine progressive und für eine proportionale Steuer plädiert. Bis heute relevant ist auch seine Kritik an der Verbrauchssteuer (heute insb. Mehrwertsteuer), die wie keine andere Steuer die Ungleichheit begünstigt. Vertretern verbrauchssteuerbasierter Reformansätze, wie etwa Götz Werner, ist die Lektüre daher dringend zu empfehlen.

Proudhon macht sehr deutlich, dass die Steuern in jedem Fall ein Übel sind und bis auf ein Minimum (aus heutiger Sicht utopische 5% des Volkseinkommens) reduziert werden müssen. Der wirklich konstruktive Beitrag ist sein Ansatz, die Bodenrente zur „ersten und wichtigsten Quelle der Steuer“ (S.253) zu machen: „Der Staat könnte sich die Grundrente zur Gänze nehmen, ohne dass der Landwirt, ja die ganze Landwirtschaft,

ohne dass das Gewerbe, der Handel, ja selbst die Lebensmittelpreise darunter litten.“ (S. 254) Oder milder formuliert, ist „die Rentensteuer die einfachste, vernünftigste, gerechteste, am wenigsten kostspielige, die Massen am wenigsten beschwerende, die Erpressungen des Staates am wenigsten begünstigende, kurz ... die am wenigsten unvollkommene Steuer“. (S. 231) Proudhon ist somit Vordenker der Einheitssteuer auf Basis des Bodenwertes, wie sie durch Henry George bekannt wurde.

Proudhons Analyse und die von ihm aufgestellten Steuergrundsätze dienen seinem Ziel einer Gesellschaft, „die gleichermaßen bei der Gerechtigkeit, der Freiheit und beim gesellschaftlichen Reichtum voranschreitet.“ (S. 290) Man kann ihm durchaus zustimmen, dass seine Grundsätze „über jede Willkür erhaben“ sowie „von universeller Bedeutung sind“. (S. 290-291) Für die Relevanz der Proudhonschen Gedanken für die heutigen steuerwissenschaftlichen Diskurse möchte ich auf Dirk Löhrs lehrreiche Einführung zum vorliegenden Buch verweisen.

Abschließend möchte ich kritisch ergänzen, dass die Grundidee der Betrachtung des Staates als Tauschpartner und entsprechender Organisation der Besteuerung und Ausgaben im Lichte der heutigen makroökonomischen Diskurse doch unzureichend ist. Proudhon konnte noch nicht den Staat als Akteur mit Funktion einer ökonomischen Globalsteuerung erfassen, wie es von Keynes etabliert und heutigen Ökonomen wie Randall Wray weiterentwickelt wird. Besteuerung und Staatsausgaben erfüllen heute die Funktion der Steuerung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage. Die hohen Staatsquoten, die progressive Einkommensbesteuerung sowie die hohen Defizite – bei denen sich Proudhon im Grab umdrehen würde – sind als Reflex auf eine inhärente Stagnationstendenz kapitalistischer Geldwirtschaften zu fassen. Diese makroökonomischen Probleme lassen sich im Rahmen einer Proudhon'schen Steuerreform wohl nicht lösen. Umgekehrt würde das Festhalten an den Grundsätzen Budgetausgleich, niedrige Schuldenquote und niedrige Steuerquote die makroökonomische Lage entwickelter Geldwirtschaften verschlimmern. Die Probleme sind daher im Rahmen einer

Kreditreform anzugehen. Da aber Proudhon ausgiebige Überlegungen zu Geld, Kredit, Kapital und Zirkulation anstellte, bekommen seine Grundsätze der Steuerreform wieder Relevanz.

Ferdinand Wenzlaff

Michael Wessel

Michael Flürscheim: Industrieller – Sozialökonom – Utopist

Gaggenau: Buch & Bild Verlag, 2014. 156 Seiten.

Klaus Lichtblau & Claudia Willms

Der Soziologe und Nationalökonom Franz Oppenheimer (1864-1943) – Liberaler Sozialist, Zionist, Utopist.

Begleitkatalog zur Ausstellung im Rahmen des 100-jährigen Jubiläums der Goethe-Universität Frankfurt am Main

Frankfurt/M.: Goethe-Universität - Institut für Soziologie, 2014. 38 Seiten.

In kurzweiliger Form gibt Michael Wessel Einblick in das Leben und Wirken des deutsch-jüdischen „Robert Owen“. Wie Owen war Flürscheim ein sozial engagierter Unternehmer, der ab 1873 in nur eineinhalb Jahrzehnten die unweit von Baden-Baden errichteten Gaggenauer Eisenwerke mit vorerst nur 40 Mitarbeitern zu einem international bekannten Unternehmen mit über 1.000 Beschäftigten ausbaute. Flürscheim bemühte sich um die Schaffung gesunder Wohnsiedlungen für die Arbeiterschaft und machte sich auch als Vorkämpfer der Bodenreformbewegung einen Namen. Umtriebiger und in vielen Ländern zu Hause, zählte Flürscheim u. a. Alfred Russel Wallace, den neben Charles Darwin berühmtesten englischen Evolutionsforscher, zu seinen Freunden. Ähnlich wie dieser befürwortet er die Herauslösung von Grund und Boden aus dem Privatbesitz und die Überleitung an den Staat oder die Gemeinden auf dem Wege einer entschädigungspflichtigen Enteignung. Künftigen Nutznießern sollte der Boden ausschließlich durch Erbpacht überlassen werden. Wäre Grund und Boden derart von seinen monopolistischen Eigenschaften befreit, sei die vollständige Sozialisierung der so genannten Grundrente sichergestellt – zeigte sich Flürscheim überzeugt.

Bei der Gründung des „Bundes der deutschen Bodenreformer“ 1888 wirkte Flürscheim an füh-

render Stelle mit. Praktisch beteiligte sich Flürscheim 1890 auch an der Gründung einer Bodenreformkolonie in Sinaloa im westlichen Mexiko. Das Projekt basierte ökonomisch auf Gemeineigentum an Grund und Boden und auf einem nach dem Muster des Frühsozialisten Robert Owen eingerichteten Warengeld; Handelsbeziehungen nach außen wurden durch das Kollektiv geregelt.

Im vergangenen Jahr wurde der Soziologe und Ökonom Franz Oppenheimer aus Anlass seines 150. Geburtstages an der Goethe-Universität in Frankfurt mit einer Ausstellung geehrt. Der Universalgelehrte hatte von 1919 bis 1929 den Lehrstuhl für Soziologie an der Universität Frankfurt inne. Als Chefökonom der frühen zionistischen Bewegung war er in Palästina am Aufbau der Kibbuz-Bewegung beteiligt. Zuvor schon hatte er in Deutschland bei der Gründung landwirtschaftlicher Produktivgenossenschaften mitgewirkt und einige Vorzeigeprojekte geschaffen. Mittlerweile ist der Begleitkatalog zur Ausstellung „Liberaler Sozialist, Zionist, Utopist: Der Soziologe und Nationalökonom Franz Oppenheimer“ erschienen. Als Herausgeber fungierten Klaus Lichtblau und Claudia Willms von Institut für Soziologie an der Universität Frankfurt am Main. Lichtblau, der Soziologie am Fachbereich Gesellschaftswissenschaften an der Goethe-Universität lehrt, hat inzwischen auch einen neuen Sammelband mit Schriften von Oppenheimer vorgelegt. Inhaltlich geht es in den einzelnen Beiträgen um das Verhältnis von Soziologie und Ökonomik, um das akademische Selbstverständnis der modernen Gesellschaftswissenschaften, um die Herausbildung des Staatswesens und um Fragen des Antisemitismus. Oppenheimers Aufsatz „Skizze der sozial-ökonomischen Geschichtsauffassung“ wäre auch heute für jedes wirtschaftshistorische Seminar als Pflichtlektüre anzuempfehlen. Aktuell wird zunehmend häufiger das Bedürfnis nach einer größeren Vielfalt an Inhalten und Methoden im Bereich der Wirtschaftswissenschaften formuliert. Dort wo im Besonderen eine kreative Verknüpfung von Ökonomie, Soziologie und Wirtschaftsgeschichte angesprochen ist, bieten sich die Schriften Franz Oppenheimers nach wie vor als Quelle ersten Ranges an.

Gerhard Senft

56. MÜNDENER GESPRÄCHE

Vortrags- und Diskussionsveranstaltung der Sozialwissenschaftlichen Gesellschaft 1950 e.V.

Vom Wachstum zum stationären Wirtschaften?

21. und 22. November 2015

Reinhardswaldschule, Fulda/Simmershausen bei Kassel

SAMSTAG, 21. NOVEMBER 2015

- 9.15 Uhr **Begrüßung und Einführung**
Dipl.-Volksw. Ass.jur. Jörg Gude
- 9.30 Uhr **Leopold Kohr - Wachstumskritiker der ersten Stunde**
Dr. Helmut Woll, Bremen
- 11.00 Uhr **Das Ende des Kapitalismus bei Marx, Gesell, Schumpeter und Keynes**
Dipl.Volksw. Ass.jur. Jörg Gude, Steinfurt
- 14.30 Uhr **Wirtschaften ohne Wachstum – Charakteristika und Voraussetzungen**
M.Sc. Oliver Richters, Universität Oldenburg und 1. Vors. der Vereinigung für Ökologische Ökonomie (VÖÖ)
- 16.30 Uhr **Degrowth braucht eine Reform der Geld- und Ressourcenordnung**
Beate Bockting, Redaktion „Fairconomy“ und INWO e.V., Greven & Dipl.-Math. Alwine Schreiber-Martens, INWO e.V., Jahnishausen/Riesa
- 20.00 Uhr **Diskussion zu den Vorträgen**

SONNTAG, 22. NOVEMBER 2015

- 9.15 Uhr **Durch Negativzinsen zu Wachstum oder zu stationärem und sozialem Wirtschaften?**
Prof. Dr. Johann Walter, Westfälische Hochschule Gelsenkirchen
- 10.45 Uhr **Diskussion zum Vortrag und zusammenfassendes Rundgespräch**
- 12.30 Uhr Ende der Tagung – Änderungen vorbehalten!

Anmeldung erforderlich.

Formular auf www.muendener-gespraech.de
Anmeldungen bitte an Christopher Ranft
Am Römerweg 4, 84424 Isen | eMail: c.ranft@gmx.net

VERANSTALTUNG

Seminar für freiheitliche Ordnung

Das Seminar für freiheitliche Ordnung veranstaltet am 7./8. November 2015 eine

Tagung zur Erinnerung an den vor 25 Jahren tödlich verunglückten Augsburger Rechtsphilosophen **Prof. Dr. Dieter Suhr**.

Mitwirken werden Dr. Eckhard Türk „Das Menschenbild Dieter Suhrs in der Auseinandersetzung mit der modernen Hirnforschung“, Dr. Jürgen Borchert „Transferausbeutung der Familie – Dieter Suhr und der Verfassungsboykott des Gesetzgebers“, Dr. Hugo Godschalk und

Johannes Priesemann „Dieter Suhrs Impulse für eine gerechte, freiheitliche Geldordnung“, Prof. Dr. Hans-Peter Michler „Der Waldschadensprozess der Stadt Augsburg – Verfassungsrechtliche Aspekte des Umweltschutzes“ sowie Werner Onken „Momo und die Geldreform – Zum 20. Todesjahr von Michael Ende“.

Nähere Informationen und Anmeldung:

Sekretariat des Seminars, Badstr. 35, 73087 Boll
 Fon: 07164 – 35 73 | Fax: 07164 – 70 34
 eMail: info@sffo.de | Internet: www.sffo.de

DIE MITWIRKENDEN DIESES HEFTS

Reg.-Dir. i.R. Eckhard Behrens
 Bergstr. 29, 69120 Heidelberg

Dr. Edoardo Beretta
 c/o Università della Svizzera Italiana
 Fakultät für Wirtschaftswissenschaften
 Via G. Buffi 13, 6900 Lugano / Schweiz

Beate Bockting
 Aldruper Brink 75, 48268 Greven

Frank Bohner
 Hopfauer Str. 23, 70563 Stuttgart

Dr. Max Danzmann
 Eschersheimer Landstr. 87, 60322 Frankfurt/M.

Mag. Abdelaali El Maghraoui
 c/o Universität Tübingen - Zentrum für Islamische
 Theologie
 Rümelinstraße 27, 72070 Tübingen

Dolores Glanert
 „nyendo hand in hand“
 Neugartenstr. 62, 83209 Prien

Dr. Christoph Körner
 Erlbachtal 40, 09306 Erlau bei Mittweida

Mag. Gabriel Lombard
 3 place de la République
 29680 Roscoff /Frankreich

Uli Müller
 Diedenhofer Straße 11, 10405 Berlin

Prof. Dr. Ulrich Preuß
 c/o Hertie School of Governance
 Mommsenstr. 26, 10629 Berlin

Prof. Dr. Gerhard Senft
 c/o Vienna University of Economics and Business
 Department of Socioeconomics Institute for
 Economic and Social History
 Welthandelsplatz 1, Building D4
 1020 Wien / Österreich

Dr. Hans Günter Wagner
 Rasenallee 29a, 34128 Kassel

Prof. Dr. Johann Walter
 c/o Westfälische Hochschule - FB Wirtschaft
 Neidenburger Str. 43, 45877 Gelsenkirchen

Dipl.-Kfm. und Dipl.-Volksw. Ferdinand Wenzlaff
 Hinter der Saline 7, 21339 Lüneburg

Dr. Helmut Woll
 Falkenberger Str. 52, 28215 Bremen



Gerhard Senft (Hg.)

LAND UND FREIHEIT

Zum Diskurs über das Eigentum an Grund und Boden in der Moderne

ISBN 978-3-85371-358-7, br.,
208 S., 15,90 Euro

Mit Beiträgen von:

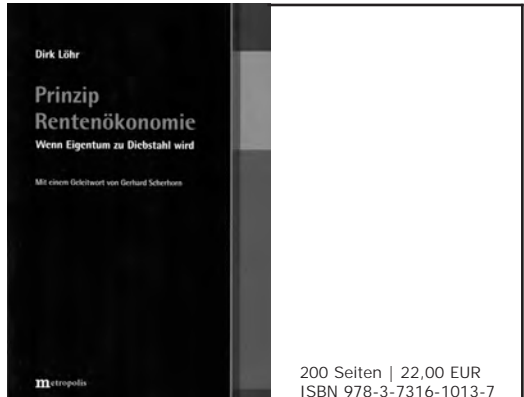
*Thomas Paine, Adam Smith,
David Ricardo, John Stuart Mill,
Pierre-Joseph Proudhon, Friedrich
Engels, Silvio Gesell u.a.*

PROMEDIA

www.mediashop.at

promedia@mediashop.at

Tel: +43 1 405 27 02 | Fax: +43 1 405 27 02-22



Dirk Lühr

Prinzip Rentenökonomie

Wenn Eigentum zu Diebstahl wird

Ökonomische Renten: Dies sind Erträge, denen keine Kosten gegenüberstehen – zumindest einzelwirtschaftlich. Allerdings gibt es nichts umsonst. Irgendjemand wird immer belastet, und sei es durch Verzichtskosten. Das Muster: Gut organisierte Gruppen streichen die ökonomischen Renten ein, die Kosten werden auf schwach organisierte Gruppen abgewälzt. Unsere Eigentumsordnung leistet dem Vorschub. Sie differenziert nicht zwischen Eigentum, das auf Leistung gründet, und solchem, das ursächlich auf Usurpation beruht. Die „Erbsünde“ ist das Privateigentum an Land und die daraus fließenden Renten. Land stellt die Blaupause für die „Einfriedung“ weiterer Allmenden dar, deren Inwertsetzung aber zu Lasten der Allgemeinheit geschieht. Die Entkopplung von Nutzen und Kosten in der Rentenökonomie wäre daher nicht ohne die Entkopplung von Leistung und Gegenleistung im Steuerstaat möglich. So wird z.B. Infrastruktur öffentlich finanziert, die ökonomischen Renten hieraus werden aber privatisiert. Entkoppelt man aber einerseits in der Rentenökonomie Nutzen und Kosten, droht hier Marktversagen; entkoppelt man andererseits im Steuerstaat Einnahmen und Ausgaben, ist die Folge dort Staatsversagen. Nötig ist daher eine Politik, die konsequent und gegen den Widerstand von Interessengruppen die Reziprozität von privaten Nutzen und Kosten sowie staatlichen Einnahmen und Ausgaben herstellt.

metropolis

Verlag für Ökonomie, Gesellschaft und Politik



SILVIO GESELL:
**„Reichtum und Armut
gehören nicht in
einen geordneten
Staat.“**

Werkauswahl zum
150. Geburtstag
zusammengestellt
von Werner Onken

*2. überarbeitete
Auflage 2012*

230 Seiten, Pb.

19,90 EURO [2012]

ISBN 978-3-87998-462-6

Am 17. März 2012 jährte sich zum 150. Mal der Geburtstag des Kaufmanns und Sozialreformers Silvio Gesell, der wegen seiner grundlegenden Vorschläge für die Verwirklichung einer freiheitlichen und gerechten, den Frieden fördernden Gesellschaftsordnung mehr Beachtung verdient, als ihm bisher im allgemeinen und in der Wissenschaft im besonderen zuteil wurde. Aus diesem Anlass soll das vorliegende Buch die Persönlichkeit Silvio Gesells vorstellen und anhand einer Auswahl von Textpassagen aus seinen Werken einen Einblick in seine sozialreformerische Gedankenwelt vermitteln.

Bestellungen:
SOZIALÖKONOMIE-SHOP
www.sozialoekonomie.de